

N e u d r u c k !

Antrag

der Fraktion der FDP

In jüdischer und nicht-jüdischer Verantwortungsgemeinschaft für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen

I.

Neben Israel ist Deutschland das einzige Land, in dem die Zahl der Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens unverändert wächst. Weniger als sechs Jahrzehnte nach dem Holocaust ist diese Entwicklung ein großartiges und die Gesellschaft verpflichtendes Zeichen des Vertrauens der Juden in das demokratische Deutschland.

Nordrhein-Westfalen ist die Heimat von rund **25.000** der **100.000** Juden in Deutschland. Ein Viertel aller jüdischen Gemeinden befinden sich in unserem Bundesland. **Dortmund**, Düsseldorf, Köln und Bonn sind längst wieder bedeutende Zentren jüdischen Lebens in Deutschland geworden.

Das tägliche Miteinander beweist: Juden und Nicht-Juden sind gleichberechtigte und wechselseitig akzeptierte Partner im Prozess gesellschaftlicher Teilhabe.

Dennoch gilt: Die positive Entwicklung jüdischen Lebens in Deutschland ist erst ein, wenn auch wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Normalität im dauerhaften Bewusstsein der ungeheuerlichen Verbrechen, die im deutschen Namen an deutschen und europäischen Juden verübt worden sind.

Normalität in diesem historisch verantwortlichen Sinne wird nicht durch politische Absichtserklärungen, Gesetze oder Verordnungen zu erreichen sein, sondern durch das alltägliche Handeln der Menschen.

*Begreifst du aber,
wieviel andächtig schwärmen leichter, als
gut (zu) handeln ist?*

Gotthold Ephraim Lessing: Nathan der Weise , 1,2

Datum des Originals: 17.06.2002/Ausgegeben: (17.06.2002) 25.06.2002

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

Ziel des gemeinsamen Handelns muss es sein:

1. Jüdisches Leben in Deutschland zu erleichtern
2. Jüdische Gemeinden zu stärken
3. Jüdische Zuwanderer zu integrieren

II.

Der Landtag beschließt:

Wege zu diesem Ziel:

1. Neue Formen der Werte- und Wissensvermittlung

Politischer, kultureller aber auch religiöser Pluralismus sind die Basis des freiheitlich und demokratisch verfassten Gemeinwesens in Deutschland.

Toleranz, Weltoffenheit, Gleichheit und Achtung der Menschenwürde sind die Grundpfeiler unseres Wertekanons. Individuelle Unterschiede als Ausdruck von Vielfalt sind in diesem Rahmen zu achten und zu schützen. Denjenigen, die sich außerhalb dieser Werte stellen, müssen die Demokraten gemeinsam mit Nachdruck und Entschiedenheit ihre Grenzen aufzeigen.

Voraussetzung für die Vermittlung der Grundwerte ist die Vermittlung eines Grundwissens, um Gemeinsamkeiten begreifen und Unterschiede würdigen zu können.

Mit Blick auf das jüdische Leben in Deutschland gilt es, die Leistungen herausragender jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Vergangenheit präsent zu machen, den aktuellen Beitrag jüdischer Mitbürger für die Gesellschaft bewusst zu machen, um die Bereicherung, die jüdisches Leben in Deutschland für die zukünftige Entwicklung unseres Landes bedeutet, deutlicher erkennen zu können.

Die Ausbildung der Lehrer und Schüler ist daran auszurichten.

2. Verstärkung des interkulturellen und interkonfessionellen Dialogs

Miteinander zu sprechen, statt (Vor-)Urteile zu konservieren, schafft das Vertrauen, das notwendig ist, um Unterschiede - „*das Recht, anders zu sein*“ - zu respektieren.

Neben der schulischen Ausbildung, die das Wissen vermittelt, um substantiell miteinander sprechen zu können, muss der interkulturelle und interkonfessionelle Dialog auf allen Ebenen verstärkt werden.

3. Unterstützung bei der Integration zugezogener jüdischer Mitbürger

Der unverändert anhaltende Zuzug jüdischer Mitbürgerinnen und **Mitbürger** insbesondere aus den ehemaligen **GUS**-Staaten hat zu der gewünschten Verstärkung der jüdischen Gemeinden in Deutschland erheblich beigetragen.

Die Integrationsanstrengungen ruhen ungeachtet finanzieller Unterstützung allerdings auch in Nordrhein-Westfalen nahezu ausschließlich auf den jüdischen Gemeinden, die dieser Aufgabe nicht dauerhaft entsprechen können.

Wenn der Zuzug langfristig ohne Reglementierung möglich bleiben soll, müssen die jüdischen Gemeinden stärker als bisher durch das Land unterstützt werden.

a. Sprachkurse

Die Überwindung sprachlicher Barrieren durch Sprachkurse, deren Angebot auszuweiten ist und für deren Besuch verstärkte Anreize geschaffen werden müssen, um mehr Menschen in kürzerer Zeit zumindest die notwendigen Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln, ist zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der jüdischen Zuwanderer insbesondere auch in die Gemeinden selbst.

b. Rabbiner

Den **83** jüdischen Gemeinden in Deutschland stehen lediglich 23 Rabbiner zur Verfügung. Da Religiosität mehr ist, als die bloße Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, müssen der – inhaltliche – Zugang zu den biblischen Texten sowie die Kenntnis von Brauchtum, Kultus und Feiern vermittelt werden.

Die Ausbildung von Rabbinern in Deutschland ist unbefriedigend. Es fehlen Rabbiner-Seminare. Die universitären Strukturen in Nordrhein-Westfalen bieten vor dem Hintergrund aktiver jüdischer Gemeinden eine hervorragende Grundlage, Rabbiner-Seminare einzurichten.

c. Synagogen

Die Synagoge ist die Stätte des Gebetes und der religiösen Unterweisung. Erhalt bzw. Neubau von Synagogen sind damit eine ganz entscheidende Grundlage für die weitere positive Entwicklung jüdischen Lebens in Deutschland. Das Land wird seinen Beitrag dazu leisten, notwendige Maßnahmen realisieren zu können.

Horst Engel
Dr. Stefan Grill
Jürgen W. Möllemann
Jan Söffing
Marianne Thomann-Stahl

und Fraktion